Zeitschrift: Medienwissenschaft Schweiz = Science des mass média Suisse

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft

Band: - (1996-1997)

Heft: 2

Artikel: Politische Öffentlichkeit und politische Kommunikation durch Internet?

Autor: Jarren, Otfried

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-790784

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Otfried Jarren

Politische Öffentlichkeit und politische Kommunikation durch Internet?

Der Beitrag befasst sich kritisch mit dem Potential der Netzkommunikation zur Herstellung politischer Öffentlichkeit.[1] Er zeigt auf, dass „Technodiskurse" keineswegs neu sind, und sich Apologeten und Apokalyptiker jeweils unversöhnlich gegenüberstehen, wobei beide Seiten nur ungenügend berücksichtigen, dass soziale Momente wie Zeitbudget, Finanzierung, Inhalte und Aktivitätsmanagement der Nutzer auch der Netzkommunikation Grenzen setzen, und zwar jenseits aller technischen Möglichkeiten.

Nichts regt die Phantasie der Menschen, im zustimmenden wie im ablehnenden Sinne, mehr an als technische Innovationen. Die Debatte um das Internet ist ein aktuelles Lehrstück. Auf der einen Seite wird von den **Möglichkeiten einer globalen Informations- und Kommunikationspraxis,** die eine Art Weltgesellschaft ermöglichen soll, geträumt. Zugleich wird behauptet, jetzt breche das Zeitalter des Bürgers erst richtig an: Mittels der Technik könnten Bürger besser an den öffentlichen Angelegenheiten partizipieren – das Zeitalter der „Cyber-Demokratie" sei gekommen.

Auf der anderen Seite heisst es, das Internet eröffne der sozialen und politischen Beliebigkeit Tür und Tor – und würde zum politischen Populismus führen. Die Gesellschaft würde durch diese Technisierung mehr und mehr in Informationsreiche und Informationsarme gespalten, der Graben zwischen jungen und computerfähigen sowie computerunfähigen alten Menschen würde immer tiefer. Teile der Gesellschaft würde damit – auch aus dem politischen Leben – weitgehend ausgegrenzt. Zudem sei es zynisch, von globaler Kommunikation zu sprechen, so lange grosse Teile der Menschheit nicht einmal über Wasserleitungen – geschweige denn über Telefone – verfügen. Ohne Telefon aber ist, einmal ganz abgesehen vom PC, keine Beteiligung an der angeblich so globalen Kommunikationswelt möglich. Hoffnungen und Befürchtungen liegen – wieder einmal wenn über Medientechniken debattiert wird – weit auseinander.[2]

1. Internet – ein radikaler Techno-Diskurs

Wer die laufende Diskussion über das Internet verstehen will, muss andere Debatten im Zusammenhang mit technischen Neuerungen betrachten. Sie machen deutlich: **Techno-Diskurse** sind keineswegs neu, finden gleichsam immer mit dem Aufkommen von neuen Medien statt, haben ihre eigenen Propheten, wenngleich sich die Gruppen der Beteiligten ändern. Wird vielleicht deshalb so wenig gelernt aus den Debatten? – Zwei Beispiele:

- Mit dem Aufkommen der Computer setzte eine heute nur als unglaublich anzusehende Planungseuphorie ein: Dank des Computers können man besser, zuverlässiger und ressourcenschonender planen. Politische Prozesse würden optimiert und Entscheidungen gerechter, weil sie jetzt auf solider Datenbasis betrieben werden könnten.
- Dank des Computers würde sich das Verhältnis zwischen Bürger und Staat grundlegend wandeln, weil der Bürger dann Zugriff auf die zahllosen Informationen hätte. Er sei besser informiert und würde sich qualifizierter beteiligen.
- Dank des Computers würde die Demokratie sich noch rationaler und vor allem partizipativer ausgestalten lassen. Die „Computer-Demokratie" wurde erwartet.

Nun hat sich das alles nach der Phase der **Computereuphorie** bekanntlich rasch gelegt, doch kam dann alsbald wieder eine Euphorie auf: mit der Kabelkommunikation, die von einigen **Apologeten** sofort mit dem schönen Wort von „Kabeldemokratie" begrüsst wurde. Es hiess, die Kabelkommunikation würde auch die politische Kommunikation verändern: Zwei-Weg-Kabelfernsehsysteme, Rückkanäle u.a.m. würden uns mehr Auswahlmöglichkeiten, eine Individualisierung in der Informationsbeschaffung, ein mehr an Interaktion und Dialog, mehr lokale Informationsangebote etc. etc. ermöglichen.

Greifen wir nur den letzten Aspekt auf, und fragen, ob das in der Tat **erweiterte Rundfunkangebot** – und ob es in qualitativer Hinsicht einen realen Zuwachs gab, lassen wir beiseite – überhaupt genutzt wird: Die Medienforschung belegt, dass schon bei 30 empfangbaren Fernsehkanälen nicht einmal die Hälfte davon in einer Durchschnittswoche genutzt werden. Wenig zu spüren also von Auswahlinteressen und Aktivität. Gleiches gilt für den Hörfunk: Trotz erheblicher Auswahlmöglichkeiten und trotz mehr Komfort (wie Stationstasten) werden tagtäglich nur sehr wenige Sender gehört.

Ein **Mehr an Information oder Unterhaltung** führt also keineswegs dazu, dass wir das Angebot überhaupt kennen, geschweige denn davon alles nutzen. Und mit dem Internet wird uns nun das gleiche wieder versprochen, das besagte Mehr an Information: doch können, doch wollen wir damit etwas anfangen?

Es gibt **vier zentrale Faktoren**, die auch der Netzkommunikation – jenseits aller technischen Möglichkeiten – in sozialer Hinsicht Grenzen setzen:[3]

1. Zeitbudget: Unser Tag hat bekanntlich 24 Stunden. Wir können, wenn uns immer mehr Informationen angeboten werden, die Zeit für die Nutzung nur im Rahmen des 24-Stunden-Budgets steigern. Können und wollen wir das? Eine erhebliche Steigerung ist eher unwahrscheinlich, wie die bisherige Entwicklung lehrt. Wahrscheinlicher ist: wir werden die gleiche – oder vielleicht sogar leicht angestiegene Zeit – auf verschiedenen Medien und auf immer mehr Anbieter und Angeboten verteilen müssen. Es kommt also zu einer Umverteilung; ob und in welchem Umfang die Netzkommunikation dabei sein wird, wird sich erst zeigen müssen.[4] Oder es kommt zu Formen von „Doppelnutzung", aber auch darüber ist das empirische Wissen noch gering.

2. Finanzierung: Alles was angeboten wird, kostet Geld und muss bezahlt werden, entweder durch die Anbieter, die Werbung oder durch uns. Alle drei Finanziers haben bekanntlich Grenzen, selbst dann, wenn die Budgets noch gesteigert werden können – bei immer mehr Anbietern und Angeboten wird es wohl eher zu Umverteilungen kommen. Vor dem Hintergrund stagnierender Budgets der Privathaushalte wird es für die – letztlich doch recht teure – Netzkommunikation nicht einfach werden. Sie wird so schnell nicht zur „Jedermann-Kommunikation" werden.

3. Inhalte: Eines ist und bleibt knapp: die Inhalte. Qualitativ hinreichende oder uns ansprechende Angebote, für die wir auch bereit sind zu zahlen, sind und bleiben ein ausgesprochen knappes – und deshalb auch relativ teures – Gut. Es mag ja alles mögliche im Netz sein – nur wen interessiert es, zumal wenn dafür gezahlt werden muss? Und wer wird dort, neben einzelnen politischen Organisationen, eigentlich politische Angebote machen?

4. Aktivität: Das wir alle stets und ständig selbst aktiv auf die Suche nach den besten Informationen gehen, das ist doch eher unwahrscheinlich, zumindest bislang nicht durchgängig soziale Praxis.[5] Die knappen Ressourcen zwingen uns in Alltagssituationen zu aktivitätsmindernden Routinen. Wir wollen das grosse „Informationsmeer" schon kennen, aber für die Nutzung verlagen wir zumeist nach Booten und Kapitänen: wir benötigen Kompass, Reisehinweise und Rettungswesten – zumal für das immer grösser werdende „Informations-Meer".

Und das, was zum gesicherten Wissen über den Umgang mit der Massenkommunikation gehört, das gilt natürlich ebenso für Online-Angebote, denn auch hier gibt es knappe Güter (qualitativ akzeptable Informationsangebote) und beschränkte Geld- und Zeitressourcen auf Seiten der Nutzer. Im Online-Bereich ist zwar im Vergleich zur herkömmlichen Massenkommunikation ein Mehr an Angebot und an unterschiedlichen Angebotsformen möglich, aber weil das so ist, bedarf es dort vielfältiger struktureller Massnahmen und organisierender Beteiligter, um Überblick, Orientierung – ja: um Nutzung – zu ermöglichen.[6]

In der Diskussion über das Internet werden viele dieser **soziale Fakten**[7] nicht berücksichtigt; die technischen Aspekte überwiegen und die Debatte ist damit zu technikfixiert – ein radikaler Techno-Diskurs eben.

2. Politik und politische Kommunikation

Politik ist in unserer demokratischen Gesellschaft kein beliebiges System, sondern es ist zum einen fester Bestandteil unserer sozialen Ordnung. Zur sozialen Ordnung in einem demokratischen System gehört, dass diese gewisse Formen von Sichtbarkeit aufweist: Es gibt Bundesräte und Bundesratskandidaten, es existieren politische Gebäude, es gibt Staatsempfänge, es gibt Föderalismus, es gibt parlamentarischen Streit – und es gibt Wahlsonntage. Das alles ist nicht beliebig, nicht zufällig, und eben auch nicht einfach abzuschaffen, ja nicht einmal ganz einfach zu optimieren. Der materielle Preis für den Föderalismus ist hoch – doch was bringen grössere politische Einheiten für die deutsche Demokratie? Wir könnten ja anregen, dass allein aufgrund der hohen Reisekosten, die der Föderalismus Jahr für Jahr verschlingt, dies möge doch bitte alles per Telefonkonferenzschaltungen und per Netzkommunikation erledigt werden. Die Antwort wäre gewiss: Das machen wir doch alles auch, zusätzlich eben. Kann man politisches Handeln auf Telekommunikation reduzieren? Wohl kaum, weil es dazu mindestens auch der Plätze mit Kaminen bedarf – für die einigenden Runden der Politiker an solch warmen Orten.

Im Parlament leidenschaftlich zu streiten, Kandidaten im Disput zu erleben, sich auf den Wahlakt frühmorgens gemeinsam mit dem Partner oder am späten Nachmittag nach der letzten Debatte mit den Kindern vorzubereiten – alles das ist, zumindest für Einige von uns, von emotionaler Bedeutung. Und unabhängig von Einzelnen sind derartige öffentliche Vorgänge für ein politisches System schlechthin konstitutiv: die politische Ordnung wird durch Vielerlei sichtbar. Es gibt eben auch eine emotionale Beziehung zur demokratischen Ordnung.

Und zum anderen ist Politik die anerkannte gesellschaftliche Problemlösungsinstanz, die verbindliche Entscheidungen für uns alle fällt, quasi die sachliche Seite von Politik. Politik wirkt damit in zentraler Weise auf die Gestaltung der sozialen Ordnung ein, und sie tut dies, weil sie normativ und faktisch von den Gesellschaftsmitglieder wie auch von den anderen sozialen Systemen der Gesellschaft dazu den Auftrag hat. Die Herstellung allgemein verbindlicher Entscheidungen als Kernaufgabe von Politik vollzieht sich öffentlich, muss sich öffentlich vollziehen, weil nur so andauernd die nötige Zustimmung erzielt werden kann. Insoweit kennt Politik durchaus Gruppen, für die sie Entscheidungen trifft oder gegen deren Interessen sie handelt, aber sie hat keine eigentliche Zielgruppe, weil sie niemanden aus der Politik, gleichsam wie vom Konsum eines Produktes, ausschliessen kann. Politik hat sich dem Allzuständigkeitsanspruch zu stellen, auch wenn sie nicht immer für alles zuständig sein kann.

In der modernen Massengesellschaft, die mehr und mehr zur „Mediengesellschaft" wird, ist die Politik dabei zwei-

fellos vor allem auf die Erreichung des allgemeinen Mediensystems angewiesen, weil nur die Massenmedien aufgrund ihrer etablierten **Relevanzstrukturen** für kontinuierliche politische Kommunikationszusammenhänge sorgen. Und nur kontinuierliche Kommunikationszusammenhänge auf gesamtgesellschaftlicher Ebene, wie sie eben die Massenmedien durch spezifische **Selektionsentscheidungen** realisieren und durch ihren Anspruch als Vermittler und Faktor in der politischen Kommunikation eben auch repräsentieren, bilden die Voraussetzungen für politische Öffentlichkeit. Und genau auf diese allgemeine politische Öffentlichkeit sind die politische Akteure, politische Organisationen und Institutionen angewiesen, weil ihre Informationsangebote erst in dieser – gleichsam neutralisierten Form – für den Bürger Relevanz erlangen.[8]

Das ist auch der Grund, weshalb Parteizeitungen, politische Veranstaltungen oder Zielgruppenmedien – und eben auch die Netzkommunikation – allenfalls als Teilbereiche in der politischen Kommunikation angesehen werden können: In allgemein öffentlicher Hinsicht sind sie immer nur partiell von Bedeutung. Es geht dabei nicht allein darum, dass man mit bestimmten Medien immer nur Teile der Gesellschaft zu erreichen vermag, sondern wesentlicher darum, dass die genannten Medien nicht mit den Relevanzstrukturen ausgestattet sind, die wir alle mit allgemeiner Öffentlichkeit verbinden. Die allgemeinen Massenmedien haben beides: Sie verfügen über die nötigen Relevanzstrukturen und sie repräsentieren die soziale Ordnung.

Das politische System ist darauf angewiesen und bestrebt, die **bindende Wirkung von Entscheidungen** mit Hilfe kommunikativer Aktivitäten, mittels politischer Kommunikation, zu sichern beziehungsweise zu steigern. Dies erfordert einerseits, ein Maximum an Öffentlichkeit – und somit ein Maximum des Stimmbürgerpotentials – jeweils zu erreichen. Dies erfordert andererseits aber auch, **Anschlusskommunikation** und Zustimmung in der Arena der allgemeinen Massenkommunikation zu erzielen. Nur dort kann ein Argument, eine Entscheidung etc. zu einem allgemein anerkannten Faktor werden.

Politische Kommunikation zielt sowohl auf politische Ordnung wie auch auf Problemlösung ab. Politische Kommunikation, auch jene, die einer konkreten Problemlösung dient, knüpft immer auch an die politische Ordnung an. Politische Kommunikation ist nicht nur ein Teil von Politik, sondern sie ist Politik. Politische Kommunikation ist also der zentrale Mechanismus bei der Herstellung, Durchsetzung und Begründung von Politik. Insofern ist politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist eben auch selbst Politik. Und für Politik gilt allgemein die Orientierung an der allgemeinen Öffentlichkeit, auch wenn einzelne politische Massnahmen oder einzelne politische Informations- und Kommunikationsprozesse gleichsam auf „Zielgruppen" hin ausgelegt sind.

Es sind also sehr unterschiedliche Faktoren, die die Qualität politischer Kommunikation ausmachen, und die zu bestimmten Formen in der politischen Kommunikation führen: Allein eine Veränderung im Bereich der Medien – also im Bereich der Vermittlungsmöglichkeiten – setzt nicht die genannten Bedingungen im Bereich des politischen Systems ausser Kraft.

3. Netzkommunikation, politische Öffentlichkeit und politische Kommunikation: Grenzen und Chancen

3.1 Das Internet und die politischen Informationen

Den meisten Vorstellungen vom Internet liegt generell bezogen auf Informationen eine naive, technische Transport-Metapher zugrunde, wie sie auch in den ersten Modellen der Kommunikation und Massenkommunikation vorherrschte: Mittels technischer Möglichkeiten (Medien) werden Informationen von einem Sender zu einem Empfänger transportiert. So wird nun euphorisch im Zusammenhang mit dem Internet darauf hingewiesen, dass hier **jeder** zum Informationsanbieter werden könne. Jeder könne Informationen bereitstellen und an Einzelne oder sogar an unbegrenzt Viele verbreiten. Und dem Nutzer würden zahllose Angebote zu Verfügung stehen. Je mehr Transportkanäle und Anbieter sowie je mehr Nutzungsmöglichkeiten, so die Annahme, desto spezifischer könne man Informationen anbieten und desto besser sei das auch für den Empfänger: Er hat mehr Angebote zur Verfügung, kann besser auswählen, sich weitergehender informieren. Dank Internet, so heisst es, verbessern sich die Informationsmöglichkeiten für alle, und damit wird wohl zugleich unterstellt, dass ein Mehr an Informationen – falls es überhaupt dazu kommt – auch zu einem besseren politischen Informationsstand und sodann auch zu einem Mehr an politischer Aktivität beiträgt. Deshalb wird wohl vielfach von einer demokratisierenden Auswirkung des Internets gesprochen. Eine naive Vorstellung.

Hinsichtlich des Angebots von und des Zugangs zu Informationen kann durchaus von neuen Möglichkeiten gesprochen werden; ob allein dieses Faktum demokratisierende Wirkungen hat, das bleibt abzuwarten. Zunächst einmal führt das Angebotsmehr zu einem massiven Ausbau an PR-Angeboten. Was aber nun die Nutzung und was gar die Möglichkeiten zur Verbesserung des politischen Wissens angeht, so sind generell Zweifel angebracht, ob dies nur durch ein Mehr an derartigen Informationen erreicht werden kann. Wer kann und wer wird dieses Angebot nutzen können, nutzen wollen? Doch klammern wir diesen Aspekt, der allerdings nicht unwichtig ist, hier einmal aus.

Für das Netz gilt: Es wird nicht umsonst von „Informationsbelastung" – sogar von „Informationsverschmutzung" – und von der grossen Beliebigkeit im Netz gesprochen. Es existieren nicht umsonst Suchmaschinen und vermehrt organisierende Anbieter im Netz. Suchmaschinen sollen nach dem Ausschau halten, was wir eigentlich suchen. Haben wir solche Stellen mühselig einmal gefunden, können wir diese Angebote zu einem

„Favoriten" machen, um nicht immer wieder im Netz danach suchen zu müssen. Besser wird das ganze aber erst, wenn „Kommunikatoren" uns konkrete Angebote machen: An sie delegieren wir **Vor-Auswahl-Aufgaben**. Von ihnen lassen wir uns ein Angebot machen, aus dem wir dann wieder selektiv wählen. Wir suchen schliesslich Qualität, zumindest Bestimmtes – und nicht Beliebiges.

So suchen wir bspw. ein Angebot, bei dem politische Positionen miteinander verglichen werden können. Das leistet in der Regel nicht der einzelne Anbieter, wohl aber ein „organisierender Beteiligter". Doch: Wer könnte das im Bereich der politischen Kommunikation sein? Politische Konkurrenz und normative Verpflichtungen setzen den politischen Organisationen Grenzen.

Zwar mag man ab und an einmal im Netz stöbern oder herumsuchen, aber das macht man extensiv nur am Anfang. Und wir finden wir im Netz eigentlich das, was von sich behauptet, auch politisch zu sein – und es vielleicht sogar ist? Nach dem Parlament, dem Bundesrat, nach der CVP, FDP, SVP oder der SP kann ich fragen – die sollte ich kennen. Aber wie hiess sie denn noch, diese Parteien, die gegen den EURO ist? Auch das Netz stellt, da hier die Schriftlichkeit vorherrscht gewisse Anforderungen an die Nutzer.

Vor allem aber: Die mit dem Internet verbundenen Vorstellungen von Information ignorieren vielfach kognitionstheoretische Erkenntnisse und soziale Prämissen. Informations- und Kommunikationsprozesse sind keine Transport- oder Austauschprozesse im Sinne einer Daten- oder Signalübertragung, die sich wesentlich durch mehr und bessere Kanäle oder durch ein Angebotsmehr optimieren lassen, sondern sie sind aus der Perspektive der Menschen höchst eigenständige **Aneignungprozesse**. Informationen sind Unterschiede, die Unterschiede machen. Was einen Unterschied macht, wird von uns zwar sehr individuell, aber zugleich in sozialen Kontexten und im Zuge eines Prozesses bestimmt. Daten mag es immer mehr geben, Informationen aber, die für unser Leben einen Unterschied machen und damit für uns relevant werden könnten, die – und nur die – interessieren uns. Und diese sind überwiegend nicht irgendwo und irgendwie verfügbar, sondern in unserer sozialen Umwelt.

Informationen sind gebunden an Menschen und an soziale Kontexte. Informationen, die dazu dienen, die Komplexität der Welt im Kleinen und Grossen zu reduzieren, sind damit gebunden an Voraussetzungen, die höchst anspruchsvoll sind. Gewohnheit, Glaubwürdigkeit und Vertrauen sind in diesem Zusammenhang zentrale Begriffe. Die Bereitschaft, sich überhaupt mit einem Angebot auseinanderzusetzen, basiert in der Regel auf bestimmten sozialen (Vor-) Erfahrungen und auf Erwartungen, und diese stehen im Zusammenhang mit sozialen Bedingungen. So ist es nicht verwunderlich, dass bspw. Online-Angebote von anerkannten Qualitätszeitungen Berücksichtigung finden, Angebote von gänzlich unbekannten Neuanbietern aber kaum. Und das wird so bleiben, weil über Qualität bezogen auf publizistische Leistungen **allgemein öffentlich** entschieden wird: Auch wer Produkte minderer Güte nutzt, der weiss dennoch etwas über die Qualitätsanbieter. Natürlich gibt es auf jeder Öffentlichkeitsebene gleichsam spezifische Qualitätskriterien; für die publizistische Kommunikation insgesamt gelten jene, die auf der allgemeinen Öffentlichkeitsebene relevant sind. In Entscheidungs- wie in Krisensituation verhält sich das Medienpublikum eindeutig, denn es wendet sich dann den Medien zu, die für den jeweiligen Zweck Qualität versprechen.

Und das gilt erst recht für politische Informationen: Auch sie wollen zuerst einmal gefunden, dann systematisiert und vielleicht auch bewertet sein. Das leistet nicht der einzelne Anbieter allein, sondern das tun im wesentlichen Kommunikatoren für uns, denen wir vertrauen. Und Kommunikatoren sind nicht die Quellen, sondern jene, die nach Relevanzkriterien Informationen auswählen und zuordnen, die für uns gleichsam Vorabentscheidungen treffen. Wenn wir zusätzlich nun noch per Netz über die Möglichkeit verfügen, uns Orginaldokumente von politischen Organisationen zu beschaffen, also gleichsam zur Quelle zu gehen, so ist das in der Tat eine sehr nützliche Ergänzung und eine relevante Verbesserung zur Beschaffung politischer Informationen.[9] Zweifellos wird diese Möglichkeit vor allem von Organisationsmitgliedern – das Netz dient damit gleichsam der Verbesserung der organisationsinternen Information und Kommunikation – und Angehörigen anderer Organisationen, und eher am Rande von sonstigen Interessenten, genutzt werden.

Nun bietet das Netz aber auch die Möglichkeit, gleichsam in sozial-räumlicher Hinsicht kleinteiliger und bezogen auf einzelne politische Prozesse Informationen bereitzustellen und darauf bezogene Planungs- und Entscheidungsprozesse zu organisieren. Hier liegen durchaus **Chancen** für kommunale, kantonale oder Bundesverwaltungen, aber auch für politischen Parteien und andere intermediäre Organisationen, doch bedarf es dazu neuer Formen der politischen Partizipation generell. So müssten sich Verwaltungen mit einzelnen Personen und deren Argumenten befassen und politischen Parteiorganisationen sich öffnen zur Mitwirkung von Einzelnen und Gruppen in einzelnen Vorgängen. Neuer Formen, die dann technisch gestützt betrieben werden, sind also vorstellbar. Zu denken wäre hier beispielsweise an Vernehmlassungsverfahren. Doch bedeuten diese Veränderungen soziale Veränderungen innerhalb von Organisationen: Wie sollen beispielsweise Mitwirkungs- und Mitbestimmungsregeln gefasst werden? Wer bearbeitet Bürgeranfragen und wie werden sie in die laufenden Prozesse nachvollziehbar eingespeist?

3.2 Das Internet und die politische Kommunikation

Information und Kommunikation sind keine trivialen Datenübertragungsprozesse. Menschen operieren – im Unterschied zu Computern, die über kein Wissen über ihre eigene Systementwicklung verfügen – nicht mit Daten, sondern mit Informationen. Menschen machen Erfahrungen, haben eine eigene Geschichte, sie lernen und können damit ihre Verhaltensweisen und auch ihre

Rollen ändern. Der Eindruck von der Ähnlichkeit bei der Rezeption wird erst erklärlich, wenn wir unsere ähnliche anthropologische Grundausstattung und unser soziales Zusammenleben – soziales Lernen, gemeinsame Geschichte, interpersonale Kommunikation – berücksichtigen. Wir sind damit aber keineswegs gleich und wir suchen auch nicht alle (immer) die gleichen Fakten, doch bewegen wir uns immer wieder in ähnlichen sozialen Bahnen – zumindest mit **den** anderen, die in sozialer Hinsicht uns ähnlich sind. Wir suchen Spezielles, aber im Rahmen bekannter sozialer Umfelder. Das zumal dann, wenn wir uns mit einem zentralen Bereich unserer Umwelt, unserer sozialen Ordnung, beispielsweise durch politische Entscheidungen befassen.

Der Prozess der Informationsrezeption ist also zugleich immer ein individueller und – durch Rollenübernahme – ein sozialer. Im Vordergrund des Kommunikationsprozesses stehen damit nicht irgendwelche (externen) Daten, sondern wir handeln intentional bezogen auf Bedürfnisse und soziale Vorstellungen. Kommunikation ist soziales Handeln, in dem auf soziale Erfahrungen aufgebaut und angeknüpft wird. Wir wollen, wenn wir kommunizieren, real oder symbolisch Gemeinschaft herstellen und streben nach Verständnis und Verständigung. Menschliche Kommunikation ist eben kein Datentransfer, sondern Kommunikation ist sowohl Voraussetzung wie auch Bestandteil von sozialen Beziehungen.[10] Und weil dem so ist, setzen wir unseren eigenen Individualisierungsbestrebungen Grenzen: Wir müssen wissen, was wohl andere denken und meinen, um uns auf andere einstellen zu können. Und wir verhalten uns dazu nicht beliebig, sondern orientieren uns an jenen Organisationen, von denen wir zuverlässig relevante Mitteilungen erwarten – den Massenmedien.

Das macht deutlich, dass gerade auch in der politischen Kommunikation, in der es ja um die Herstellung allgemeinverbindlicher Entscheidungen bezüglich unserer gemeinsamen sozialen Ordnung geht, hohe Anforderungen an diese Prozesse und an die beteiligten Akteure sowie Organisationen gestellt werden – von allen Beteiligten. Politik greift in die soziale Ordnung ein, sie reduziert soziale Beliebigkeit oder gewährt soziale Möglichkeiten, und sie ist dafür auf die Unterstützung von Teilen der Gesellschaft angewiesen. Generell bedarf Politik für jegliches Handeln der Legitimität, und sie kann sich nicht auf beliebige Prozesse mit unbekannten Beteiligten einlassen, und es wird von den sozial Betroffenen auch nicht hingenommen, wenn sie es täte.

3.3 Das Internet und die politische Interaktion

Der Begriff Interaktivität ist, nicht zuletzt aufgrund überzogener Marketingaktivitäten rund um das Netz, zu einem oft ge- und missbrauchten Schlüsselbegriff geworden. Ihm droht die Banalisierung, zumal dann, wenn wir real erfahren, was denn wirklich technisch interaktiv möglich ist: es ist weniger als vielfach erwartet.[11]

Das Kernproblem beim **Interaktivitätsverständnis** ist, dass sowohl der Mensch wie auch die Maschine oftmals in den gleichen Aktivitäts- bzw. Akteursstatus versetzt werden. Dieser Vorstellung liegt ein elementares Missverständnis zugrunde: Soziale Wesen interagieren, Maschinen tun dies nicht. Interaktion gehört zu den Kernbegriffe unserer sozialen Welt und damit zum menschlichen Verhalten. Interaktion, so hat bereits Max Weber definiert, unterscheidet sich vom blossen Verhalten dadurch, dass eine Handlung sich aus subjektiv gemeintem Sinn, Handlungsmotiv und Handlungserwartung zusammensetzt. Interaktionen sind nicht technisch induziert, sondern sozial motiviert und Interaktion zielt auf Sinnerfüllung. Nicht Daten, sondern signifikante Symbole bestimmen den Interaktions- und somit auch den Kommunikationsprozess. Kommunikation mit dem Ziel der Verständigung ist nur möglich, wenn sich die Kommunikationspartner wechselseitig die Unterschiedlichkeit ihrer Perspektiven verdeutlichen.[12] Zu diesem Zweck interagieren sie. Erst durch dieses Bemühen kann die nötige Intersubjektivität erreicht werden. Maschinen können dies nicht leisten.[13]

Politische Kommunikation, ob sie nun auf die Formulierung von Interessen, deren Aggregation oder auf die Formulierung politischer Programme abzielt, ist elementar **auf reale soziale Interaktionen, auf soziale Beziehungen, angewiesen.** Wir finden diese Formen sowohl in der Kommunalpolitik wie auch in der Internationalen Politik, zweifellos in unterschiedlicher Weise und durch unterschiedliche technische Mittel gestützt. Da politisches Handeln dem Anspruch nach immer öffentliches Handeln ist, kann sich auch politische Kommunikation immer nur in bestimmten Prozesselementen nichtöffentlich oder in Teilöffentlichkeiten vollziehen. Sie vollzieht sich aber immer in Form von realen sozialen Interaktionen in bestimmten Räumen (politischen Handlungs- und Entscheidungsräumen).

3.4 Das Internet und die „virtuellen Gemeinschaften"

Das Internet ermögliche „virtuelle" oder „elektronische Gemeinschaften" – das können wir in vielen Beiträgen lesen. Das hört sich gut an, denn das ist es ja, was uns vielfach in der modernen Gesellschaft fehlt – nämlich Gemeinschaft und Zusammenhalt. Das, was wir aufgrund von heftigen Globalisierungs- und Modernisierungstendenzen als bedroht ansehen, das leistet also fortan die Netzkommunikation? Virtueller Integration statt realer sozial-räumlicher Integration?

Zweifellos kann durch einen anhaltenden Austausch ein soziales Geflecht entstehen, können sich virtuell Gemeinschaften herausbilden. Aber eine virtuelle Gemeinschaft entsteht nur dann, wenn die Beteiligten über einen gemeinsam geteilten kulturellen Code verfügen und wenn sie sich themenzentriert zusammenfinden. Auch virtuelle Gemeinschaften bedürfen also einiger Gemeinsamkeiten, um zueinander zu finden und beieinander zu bleiben: sie müssen über einen gemeinsamen kulturellen Code verfügen, sie müssen ein Thema haben und für ihre Diskussion

gemeinsame Regeln (prozedurale Regeln) entwickeln. Das sind durchaus hohe soziale Voraussetzungen, die diesen Gemeinschaften Grenzen setzen.

Für die politische Kommunikation sind zwei Dinge bedeutsam: Zum einen, dass sich in der Netzkommunikation Gruppen aufgrund einer themenzentrierten Kommunikation bilden. Zum anderen, dass diese Gruppen nicht mit den politischen (den im wesentliche territorialen) Gliederungsprinzipien übereinstimmen.[14]

Zur Themenzentrierung: Sollte in der Tat innerhalb von Netzgruppen lediglich eine themenzentrierte Kommunikation möglich sein, so würden sich dort allenfalls eine Art von Fachöffentlichkeit unterhalb der allgemeinen Medienöffentlichkeit ausbilden. Damit könnten allenfalls themenzentrierte sich verstehende politische Organisationen, also beispielsweise Bürgerinitiativen oder Verbände, auf diese Weise entstehen. Da virtuellen Gemeinschaften in aller Regel ein gemeinsamer biographischer und / oder sozial-räumlicher Zusammenhang fehlt – von affektiven Komponenten einmal ganz abgesehen –, sind diese sozialen Gebilde **hoch fragil**, bleiben diese Gemeinschaften ganz generell beliebig.[15] Ob sich dauerhaft auf diese Weise politische Organisationen – als rein virtuelle Organisationen – herauszubilden vermögen, das bleibt abzuwarten.[16]

Zum sozial-räumlichen Faktor: Die Internet- oder Online-Kommunikationsformen decken sich nur zum Teil mit den (territorialen) Handlungs- und Entscheidungsräumen von Politik, so dass die neuen Kommunikationsformen auch nur partiell auf die institutionelle Politik einzuwirken vermögen. Virtuelle Gemeinschaften[17] mögen sich vielleicht selbst beschreiben können, sie können aber von Aussenstehenden zumeist nicht erkannt und beschrieben werden. Das gilt sowohl für Netzöffentlichkeit als auch die allgemeine Öffentlichkeit. Soziale Gemeinschaften müssen aber, wenn sie politisch relevant sein wollen, **erkennbar sein**. Sie müssen aus der Anonymität heraustreten und in gewissen Weise Kontinuität und Verbindlichkeit garantieren.[18] So entstehen im besten Fall durch die Themenzentrierung Teilöffentlichkeiten, die jedoch zumeist mit anderen Teilöffentlichkeiten nicht in Verbindung stehen und von der allgemeinen Medienöffentlichkeit nicht beachtet werden müssen.[19]

Das alles macht auf die zentrale Besonderheit von elektronischen Gemeinschaften aufmerksam: Nicht Mitglieder konstituieren eine elektronische Gemeinschaft, sondern die anhaltende, regelbasierte Kommunikation.[20] Virtuelle politische Gemeinschaften entsprechen dann im wesentlichen Bürgerinitiativen oder Gruppen der Neuen Sozialen Bewegung:[21] Unter bestimmten Voraussetzungen können sie politische Interessen formulieren und in den politischen Prozess einbringen. Sie agieren aber eben nicht dauerhaft wie andere politische Organisationen, und sie sind zentral auf anhaltende Kommunikation angewiesen.

Organisationen, die vor allem aus und durch Kommunikation „existieren", sind sehr empfindlich, leicht zu stören oder zu zerstören. Das vor allem dann, wenn diese Kommunikation fortlaufend unter Nichtanwesenden geführt wird. Und für Netzgruppen kommt als besonderes Erschwernis hinzu, dass sie den „Sprung aus dem Netz" in die soziale Realität erst schaffen müssen, wenn sie auf politische Prozesse Einfluss nehmen wollen. Deshalb die Prognose: Das Netz wird jenen dienlich sein, die sich bereits sozial zusammengefunden haben, um politische Interessen zu formulieren und durchzusetzen. Das Netz bietet vor allem Organisationen der Neuen Sozialen Bewegung vielfältige neue und verbesserte Informations- und Organisationsmöglichkeiten, vor allem zur Binnenkommunikation. Virtuelle Gemeinschaften als rein virtuelle Veranstaltung sind also keine sozialen Gemeinschaften: sie können es bestenfalls auf Zeit sein und bleiben vielfach wohl nur die Illusion von Gemeinschaft. Andererseits kann durch netzbezogene Kommunikation interpersonale wie auch Gruppen- und Organisationskommunikation verbessert werden. Das bedeutet jedoch, dass bestehende soziale Strukturen die Basis für die Entwicklung technisch gestützter Formen bilden. So sind in der Tat virtuelle Orts- oder Kreisverbände oder virtuell organisierte Fachgruppen innerhalb politischer Parteien denkbar. Gerade dort, wo es um die Bearbeitung von konkreten Problemen und um die themenzentrierte Kommunikation geht, bietet die Netzkommunikation Potential.

Und nicht nur am Rande bemerkt: Elektronische Gemeinschaften sollten keineswegs als ein Idyll angesehen werden: „Standesunterschiede" spielen in der Gestalt von ökonomischen, sachlichen und individuellen (Medien-) Kompetenzen doch eine erhebliche Rolle, um Mitglied einer solcher Gemeinschaft werden zu können. Die **empirischen Studien** zeigen zudem, dass es sich bei vielen dieser „Gemeinschaften" um „Pseudogemeinschaften" handelt, zu denen immer wieder neue „Netz-Nomaden" hinzustossen.

3.5 Das Internet und seine Qualitäten

Die Möglichkeiten zur Ausbildung einer allgemein anerkannten politischen Öffentlichkeit im Netz sind eher beschränkt.[22] Durch Netzkommunikation besteht allerdings die Möglichkeit, dass

- politische Informationen vielfältiger bereitgestellt,
- politische Informationen selektiver und problem- bzw. prozessnäher abgerufen,
- themenzentrierte sowie
- binnenkommunikative Prozesse innerhalb von politischen Organisationen

verbessert werden können.

4. Zum Potential des Internet in der politischen Kommunikation: Thesen

1. Internet- / Online-Kommunikation ist keine grundsätzlich neue Form innerhalb der politischen Kommuniktion: Sie realisiert Individual-, Gruppen- und themenzentrierte Kommunikation. Sie ermöglicht al-

lerdings auf den beiden Öffentlichkeitsebenen (Encounter; Themen- bzw. Versammlungsöffentlichkeit) neue Formen der zeitlich-räumlichen Verknüpfung. Die Netzkommunikation findet jedoch unterhalb der allgemeinen Öffentlichkeitsebene statt, die von den Massenmedien realisiert und auch repräsentiert wird.

2. Die Internet- oder Online-Kommunikationsformen decken sich nur zum Teil mit den Handlungs- und Entscheidungsräumen von Politik, so dass die neuen Kommunikationsformen auch nur partiell auf die institutionelle Politik (Akteure und Prozesse) einzuwirken vermögen.

3. Das Netz vermag vor allem der Herausbildung und der nötigen Selbstverständigung von Gruppen zu dienen (Binnenkommunikation). Es kann damit einen Beitrag dazu leisten, das in unterschiedlichen Foren darüber kommuniziert und verhandelt wird, was man denn unter „Politik" verstehen will. Das Netz kann die themenzentrierte politische Kommunikation jenseits der herkömmlichen politischen Organisationen befördern.

4. Das Netz wird vor allem und zuerst von den bestehenden politischen Organisationen – und dazu zähle ich auch die unterschiedlichen Organisationen der Neuen Sozialen Bewegung – genutzt werden. Das Netz dient insbesondere der Binnenkommunikation und es kann die Organisationskommunikation verbessern und nachhaltig erweitern, so durch die Beteiligung von Nicht-Mitgliedern, die Einbeziehung von Sachverständigen usw. usf.

5. Das Netz kann aber auch für politische Prozesse genutzt werden: Zum einen können politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse transparenter gestaltet werden. Zum anderen können in den verschiedenen Prozesselementen unterschiedliche Formen der Beteiligung (direktdemokratische Verfahren) ermöglicht werden. Ersteres setzt allerdings die Bereitschaft politischer Organisationen zu mehr Öffentlichkeit voraus. Und letzteres erfordert die Durchsetzung neuer rechtlicher Regeln, vor allem für das Verwaltungshandeln. Im Grundsatz könnte im Sinne von Vernehmlassungsverfahren durch das Netz für mehr Mitwirkung und – vor allem – für mehr Transparenz gesorgt werden. Andererseits ist zu berücksichtigen, dass derartige Verfahren nicht zur Bevorzugung von politisch bereits privilegierten Gruppen (wie denen aus der Mittel- und Oberschicht) führen.

6. Gerade in der Ergänzung herkömmlicher politischer Verfahren, vor allem aber in Meinungs- wie Willensbildungsprozessen bei den intermediären Organisationen, könnte die Netzkommunikation gezielt genutzt werden: Das bedeutet jedoch, dass die intermediären Organisationen Verbindungen zu anderen politischen Foren entwickeln müssen. Themenzentrierte politische Kommunikation kann nämlich durchaus für die Ausgestaltung und für den Verlauf von politischen Prozessen (Planungsprozessen; Partizipationsformen etc.) Relevanz erlangen, aber im wesentlichen nur in dem Mass, wie politische Organisationen dies ermöglichen.[23]

7. Das Netz ermöglicht und fördert vor allem die themenzentrierte politische Kommunikation. Allerdings setzt bereits die Bildung von themenzentrierten Gruppen ein gewisses Mass an Organisation, das Vorhandensein eines gemeinsam geteilten Codes und die Bereitschaft zur Beachtung von gewissen Regeln voraus. Da sind durchaus nennenswerte Anforderungen, die keineswegs von allen Akteuren erfüllt werden können. Und diese Form der Kommunikation ist wesentlich eine Form der Schriftlichkeit.

8. Ob es durch themenzentrierte politische Kommunikation im Netz zur Herausbildung politischer Organisationen, die auf eine relative Dauer hin angelegt sind, ist zweifelhaft. Aufgrund bisheriger Erfahrungen mit Gruppen, die sich weitgehend durch Kommunikation bilden und fortentwickeln, ist eher von der verstärkten Herausbildung von Akteuren im Sinne der Neuen Sozialen Bewegungen auszugehen, die bezogen auf politische Prozesse stark punktuell und demonstrativ agieren. Der formale Organisationsgrad (Formen von Mitgliedschaft) ist hier ausgesprochen gering.

9. Ob es aufgrund von themenzentrierten Kommunikationsprozessen im Netz – gleichsam als deren Folge – zur Bildung von politischen Organisationen im herkömmlichen Sinne kommt, ist zweifelhaft: Netzorganisationen müssten auch als soziale Organisationen gleichsam sozial-räumlich (also in den politischen Handlungs- und Entscheidungsräumen) präsent sein. Nun erfolgt aber die Bildung von „virtuellen Gemeinschaften" – im Unterschied zu den herkömmlichen sozialen Organisationen – nicht vorrangig nach territorialen Prinzipien. Die mangelnde Übereinstimmung von politischen Entscheidungsräumen und (Internet-) Kommunikationsräumen ist nicht zuletzt aus demokratietheoretischen Gründen heraus ein Problem.

10. Es dürften sich somit allenfalls Gemeinschaften „auf Zeit" im Netz und zudem Gemeinschaften (gleichsam auch „auf Zeit") oder soziale Organisationen in bestimmten Territorien entwickeln. Erstere sind für politische Prozesse, die sich immer auf bestimmte sozial-räumliche Fakoren beziehen, nur partiell relevant (allenfalls: Themen; Deutungen). Letztere vermögen nur dann an politischer Relevanz zu gewinnen, wenn sie über eine gewisse sozial-räumliche – und somit reale – Organisations- und Konfliktfähigkeit verfügen. Dazu ist aber Voraussetzung, dass sie bei anderen – also Nicht-Betroffenen – zumindest Aufmerksamkeit finden. Dazu bedürfen sie einer allgemeineren Wahrnehmung, die regelhaft über die „Betroffenen-„ (und erst recht über die Netzöffentlichkeit) herausreichen muss.

11. Von politischer Relevanz ist das, was über die gruppen- und themenspezifische Öffentlichkeitsebene hinauszureichen vermag, also nach allgemeinen Re-

levanzkriterien durch Dritte (Journalisten) beurteilt und als relevant für die allgemeine Öffentlichkeit (die massenmediale Öffentlichkeit) angesehen wird.

12. Die im Netz miteinander kommunizierenden Personen können sich nicht selbst eine derartige Öffentlichkeitsrelevanz zuerkennen – weder für das Netz, noch für die allgemeine (politische) Öffentlichkeit. Für die allgemeine politischen Öffentlichkeit, weitgehend gebildet von den Massenmedien, sind die Relevanzkriterien bekannt (Elite-Medien; Nachrichtenfaktoren etc.). Für das Netz sind derartige – also mit der Massenkommunikation vergleichbare – Relevanzkriterien allerdings kaum erwartbar, weil es eher der Individualkommunikation denn der professionellen Massenkommunikation entspricht, keine Organisationen wie im Medienbereich ausbildet, und weil die themenspezifische Öffentlichkeitsebene nicht verlassen wird. Die Möglichkeiten selbst zur Bildung einer „Gegenöffentlichkeit" sind somit begrenzt.[24]

13. Für die Herausbildung sozialer und politischer Relevanzkriterien ist auch die Rezeption relevant: Wenn, wie bislang üblich, Netzkommunikation eher dem Bereich der Individual- und Gruppenkommunikation zugeordneten wird, wird diesen Kommunikationsangeboten in allgemein sozialer Hinsicht auch nur eine eingeschränkte Bedeutung zuerkannt.[25]

5. Schlussbemerkung

Das Potential der Netzkommunikation ist, das dürfte deutlich geworden sein, zweifellos beachtlich, zumal dann, wenn herkömmliche Organisationsweisen verändert werden. Hier liegt die eigentliche Herausforderung, wenn denn Innovationen realisiert werden sollen.

Die hier vorgestellte kritische Bilanz sollte dabei den Blick nicht verstellen für die Möglichkeiten, sie sollte vor allem nicht als Technikdistanz verstanden werden, wohl aber sollte sie Mut machen zur nötigen kritischen Distanz gegenüber allzu hohen Erwartung gegenüber der Technik.[26] Die Technik, auch die Telekommunikation, kann uns bei der Lösung sozialer und politischer Probleme behilflich sein, sie kann kann sogar zu Innovationen in der politischen Kommunikation beitragen. Ob und wie das gelingt, das ist noch offen.[27] Die „Computer"– und die „Kabel-Demokratie" blieb uns bekanntlich erspart.

6. Anmerkungen

1 Der nachfolgende Beitrag basiert auf einem Vortrag vor der Schweizerischen UNESCO-Kommission in Bern. Anmerkungen aus der Diskussion werden hier ebenso berücksichtigt wie kritische Hinweise zum Text „Neue Techniken und ihre Mythen. Wird die Bedeutung des Internets überschätzt?" (NZZ, 20.2.1998). Ich danke vor allem Dr. Wolfgang Schulz, Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg, und Prof. Dr. Hans Bohrmann, Direktor des Instituts für Zeitungsforschung, Dortmund, für ihre kritischen Anmerkungen und Hinweise.

2 Die Gründe für die hohen Erwartungen an das Internet sind vielfältig: Zum einen gehört es zu den Werbe- / PR-Massnahmen der Industrie und der Anbieter, die neue Endgeräte und Dienstleistungen verkaufen wollen, Neues zu versprechen. Und die Botschaften sind wohl deshalb erfolgreich, weil die Gruppe der Kenner noch recht klein ist. Zum anderen aber kommt diese neue Technik wie gerufen: Sie scheint Lösungen für reale gesellschaftliche Probleme zu bieten. Sie scheint eine Antwort auf Modernisierungsbedarfe zu sein: Wer mitmacht, der ist modern. Und ein dritter Faktor ist für die Internet-Euphorie relevant: Wir können die sozial vertraute Form der unvermittelten Kommunikation auf diese neue Technik scheinbar übertragen. Neue technische Möglichkeiten sollen uns eben sozial-kommunikativ dienlich sein, und da kommt nun eine Technik daher, die das alles verspricht.

3 Das Potential der Netzkommunikation wird **zu eindimensional technisch** betrachtet und deshalb überschätzt. Und das Potential nimmt auch dann nicht zu, wenn es mehr Angebote gibt oder wenn mehr Menschen das Netz nutzen. Ferner ist relevant, dass die Unterschiede zwischen der Netzkommunikation und der herkömmlichen Massenkommunikation in sozialer Hinsicht nicht so gross sind bzw. sein werden, wie es häufig behauptet wird. Das gilt vor allem dann, wenn die Zahl der Beteiligten weiter zunimmt. Wesentliche Merkmale des Internets und der Netzkommunikation in Abgrenzung zur Massenkommunikation sind

- ein im Vergleich zur herkömmlichen Massenkommunikation höherer Grad an Auswahlmöglichkeiten („Interaktivität")
- die Möglichkeiten zur Verknüpfung von Text, Bild und Ton („Multimedialität")
- ein hoher Grad an Individualisierung und Adressierbarkeit in der Kommunikation
- durch Möglichkeiten der asynchronen Kommunikation
- durch ein höheres Mass an Selektivität
- ein geringerer Grad an Organisation auf Seiten der Anbieter (Kommunikatoren).

Doch diese Möglichkeiten werden wiederum beschränkt, weil es den Nutzern an hinreichenden materiellen und zeitlichen Ressourcen fehlt, weil qualitativ gehaltvolle Angebote immer knapp sind (und knapp bleiben werden), und weil die Anbieter allein aus ökonomischen Gründen heraus vielfältige strukturelle Vorkehrungen treffen müssen. Anders betrachtet: Die technischen Möglichkeiten können nur dann und in dem Masse praktisch werden, wie wir neue soziale Formen, Organisations- und Handlungsweisen entwickeln.

4 Und ich sehe hier gar nicht so viele Möglichkeiten: Das Netz bietet sich zur gezielten Informationsbeschaffung an, zur Fachinformation und zum Informationsaustausch und zur Kommunikation in bestehenden sozialen Gruppen. In der Tat ist eine Indvidualisierung möglich, doch führt die dazu, dass spezielle Angebote zu spezifischen Zeitpunkten nachgefragt werden. Und des gibt einige Informationserzeuger und -anbieter, wie bspw. Agenturen, die sich auf diese Nutzer einstellen können. Da diese Nutzer aber das Spezielle – und weniger das Generelle – suchen, kommen dafür nur ausgewählte Spezialanbieter, vor allem jene, die mit exklusiver Ware handeln können, in Frage.

5 Die Erfahrung lehrt uns vielmehr, dass uns die Technik ab und an etwas abnehmen kann, sie kann uns unterstützen, aber sie ermöglicht über den verbesserten Datenabruf oder Datentausch nur partiell Möglichkeiten zur Kommunikation und Orientierung. Historisch betrachtet bedienen wir uns zwar im steigenden zeitlichen Umfang technischer Möglichkeiten zu Informationsbeschaffung, aber das geht keineswegs zu Lasten der unmittelbaren Kommunikation. Im Gegenteil: die Zahl der Beraterinnen und Berater für alle Alltags- und Lebensfragen nimmt ebenso zu wie die Zahl entsprechender

Organisationen. Wir erkennen, das ein Mehr an Daten wie auch an besser aufbereiteten Daten uns keineswegs immer dazu verhilft, Probleme zu erkennen, Probleme besser zu lösen oder uns Orientierung zu geben. In der gesellschaftlichen Kommunikation, die durch die Differenzierung im Medienbereich immer weniger überschaubar ist, nimmt die Bedeutung derjenigen Angebote und Anbieter zu, die dazu beitragen, Orientierungsverluste möglichst zu vermeiden. Das Internet und Online-Dienste können – eingebunden in bestehende soziale Strukturen sowie in Verknüpfung mit anderen Angeboten und auf professioneller Basis – wichtige Teilbereiche unterhalb der Massenkommunikation optimieren: Über das Netz können wir zielgruppenspezifische Angebote erhalten. Und das Netz können wir zum gezielten Abruf von Daten sowie zum gezielten Informationsaustausch nutzen. Das Netz dürfte publizistisch vor allem der verbesserten Fachinformation und -kommunikation dienen.

6 Als Besonderheiten des Internets werden zumeist hervorgehoben: a) jeder kann Informationen bereitstellen, b) die Bereitstellungs- und Beteiligungskosten sind gering, c) das Internet ermöglicht die Verbreitung von Daten nicht nur von „one-to-many", sondern von „many-to-many" und „person-to-person", d) es gibt vielfältige interaktive Möglichkeiten, e) es können neue Formen der Gesellung in Form von „virtuellen Gemeinschaften" entstehen, f) es sind neue Formen des organisationsinternen Datenaustausches möglich und g) die Datenbeschaffung und Datendokumentation kann schneller und gezielter erfolgen. Bei dieser Aufstellung folgen wir Stefan Marschall, Politik online – Demokratische Öffentlichkeit dank Internet? In: Publizistik, 3, 1997, S. 304 - 324, hier: S. 311 - 313.

7 Und es handelt sich zudem um Faktoren, die auch unter demokratietheoretischen Aspekten hohe Bedeutung haben: Wer hat Netzzugang, welche sozialen Gruppen bleiben „ausgespart"? Wie hoch sind die Kosten? Welchen Schutz vor Manipulationen gibt es?

8 Öffentlichkeit beschränkt einerseits durch die Einforderung von Transparenz die Machtspielräume von politischen Eliten. Andererseits ist sie, zumal in einer allen zugänglichen „Mediengesellschaft", eine Voraussetzung von Macht, denn erst durch die Herstellung einer allgemeinen Öffentlichkeit kann die Durchsetzbarkeit von Personen und Programmen wie auch Entscheidungen gesteigert werden.

9 Die Möglichkeit, bspw. nach Parteiprogrammen oder Regierungsbeschlüssen nachzufragen und diese zu erbitten, die gab es bekanntlich schon. Davon wurde relativ selten Gebrauch gemacht. Immerhin: Das Netz ermöglicht eine schnelle und – wenn so will – weniger aufwendige Nachfrage. Doch der Vorteil schlägt auch wieder in Nachteile um: Weil es so einfach ist, macht man das eben mal rasch. Eine tatsächliche Nutzung ist damit aber keineswegs gleichsam garantiert. Und auch die hohen „Besucherzahlen" auf den home pages sagen nicht viel über die Qualität der politischen Kommunikation aus.

10 Bei der Massen- wie auch der Netzkommunikation ist insgesamt nur ein geringes Aktivpotential auf Seiten der Nutzer vorhanden. Zweifellos ist das Potential in technischer wie in sozialer Hinsicht in der Netzkommunikation höher als in der Massenkommunikation. Doch vieles spricht dafür, dass auch in der Netzkommunikation Kommunikatoren oder organisierende Beteiligte uns Angebote machen werden (müssen). Das Internet entwickelt sich ja bereits heute immer mehr von einem pull- zu einem push-Medium. Und auch das Publikum dürfte kaum aktiver werden (wollen), allein weil es den homo informaticus, jenes Wesen, das zielgerichtet nach Informationen sucht, hochselektive Entscheidungen trifft und vielfältige sowie technisch gestützte soziale Beziehungen sucht, schlicht nicht gibt. Es wird ihn auch zukünftig nicht geben, weil Information und Kommunikation soziale Handlungen sind, die nicht abstrakt, sondern die „um zu", also bezogen auf soziale Ziele und im Kontext sozialer Bedingungen und somit innerhalb bestehender sozialer Strukturen, erfolgen. Natürlich sind diese Bedingungen veränderbar, doch geschieht dies nicht allein und nicht einmal wesentlich über technische Mittel, sondern durch soziale Innovationen. Diese benötigen bekanntlich viel Zeit.

11 Zwar nehmen die Grade an Interaktivität im Netz zu, aber sie bleiben doch weit hinter dem zurück, was wir zunächst erwarten. Das ist der Grund, weshalb Kinder oder Jugendliche sich rasch wieder von dem einen oder anderen elektronischen Spiel und Software-Angebot trennen oder nach ersten Netzerfahrungen deutlich an Interesse verlieren: Die Möglichkeiten sind rasch erkannt und erschöpfen sich.

12 Vgl. dazu auch Wolfgang Schulz, Jenseits der „Meinungsrelevanz". In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht, 6, 1996, S. 487 - 497.

13 Zudem: Was elektronischen Systemen wie allen technischen Systemen fehlt, ist eine sozial geteilte Lebenswelt, in der Erfahrungen gemacht und Erwartungen gehegt werden können. Die zeitliche Aufgeschichtetheit der Lebenswelt ist die Voraussetzung, unter der Individuen „Um-zu-" und „Weil-Motive" entwickeln können, die handlungsleitend sind und der Handlung einen subjektiv gemeinten Sinn geben. Zur Interaktion gehören Inhalts- und Beziehungsaspekt gleichermassen. Technische Systeme können hilfreich sein, weil sie Inhalte bereitstellen oder vermitteln. Beziehungen pflegen wir aber nicht zu Maschinen. Sie stellen lediglich eine Umwelt für uns dar.

14 Und dies ist nicht nur sozial-räumlich gemeint, sondern auch bezogen auf gemeinsam geteilte kulturelle Vorstellungen und gemeinsam geteilte politisch-demokratische Wertvorstellungen. Politisches Handeln dient eben auch dazu, an Werte anzuknüpfen, selbst dann, wenn sie verändert werden sollen.

15 Vgl. hierzu Waldemar Vogelsang, Jugendmedien und Jugendszenen. In: Rundfunk und Fernsehen, 3, 1996, S. 346 - 364.

16 Ich halte das aufgrund theoretischer Überlegungen für wenig wahrscheinlich: Herausbilden dürften sich zum einen auf das Netz bezogene Organisationen, die – wie bereits jetzt – im Netz selbst agieren. Zudem kann es phasenweise zur Herausbildung von punktuell ansetzenden Organisationen kommen (im Sinne von Bürgerinitiativen).

17 Vgl. dazu die Überlegungen bei Jan A.G.M. van Dijk, The Reality of Virtual Communities. In: Jo Groebel (ed): New Media Developments, Amsterdam 1996, S. 39 - 64.

18 Virtuelle Gemeinschaften sind aber gerade dadurch gekennzeichnet, dass der Grad an Unverbindlichkeit ausgesprochen hoch ist. „Internet-Regulation innerhalb von Newsgroups ist sogar wesentlich unverbindlicher als die Satzung eines realen Vereins, da exit jederzeit möglich ist und die Teilnehmer anonym bleiben können. Die – auch erzwungene – Abwanderung aus elektronischen Gemeinschaften ist mit geringen Kosten verbunden... ." Stefan Marschall, Netzöffentlichkeit und institutionelle Politik, Hagen 1997 (Manuskript).

19 Virtuelle Gemeinschaften sind also fragil, zumal dann, wenn es sich um reine elektronische Beziehungen handelt, um Beziehungen also, die nur die Netz-Ebene kennen. Die mangelnde Übereinstimmung zwischen realen sozialen Räumen und Internet-Kommunikationsräumen führt eben nicht zu Gemeinschaftsformen Zumindest führt dies nicht zu den sozial üblichen Gemeinschaftsformen, in denen sich das soziale (Alltags-)Leben abspielt. Denken wir an Kurzwellenfunker, CB-Funker oder die Telefonkommunikation: Zweifellos existieren bestimmte Formen des Austausches und es entstehen auch bestimmte Kommunikationsbeziehungen, doch dienen diese bestimmten Zwecken oder sie

sind auf Zeit angelegt. Um Missverständnissen vorzubeugen: Reine elektronische Beziehungen sind fragil. Medial oder technisch verlängerte interpersonale Beziehungen, bestehende („reale" soziale) Beziehungen also, in denen auch das Netz genutzt wird, sind es natürlich nicht. Mit Hilfe des Netzes ist es sogar möglich, mittels der technischen Möglichkeiten interpersonale Beziehungen zu verbessern oder zu intensivieren. Das setzt aber soziale Vereinbarungen voraus, so wie wir sie in der Funk- oder Telefonkommunikation kennen.

20 Virtuelle Gemeinschaften als rein virtuelle Veranstaltung sind also keine Gemeinschaften: sie sind es bestenfalls auf Zeit und vielfach wohl nur die Illusion einer Gemeinschaft. Andererseits kann durch netzbezogene Kommunikation interpersonale Kommunikation verbessert werden. Das bedeutet jedoch, dass bestehende soziale Strukturen die Voraussetzung für die Entwicklung technisch gestützter Formen sind. So sind in der Tat virtuelle Orts- oder Kreisverbände oder virtuell organisierte Fachgruppen innerhalb politischer Parteien denkbar. Gerade dort, wo es um die Bearbeitung von konkreten Problemen und um die themenzentrierte Kommunikation geht, hat die Netzkommunikation erhebliches Potential.

21 Ob sie damit zu Akteuren werden können, also zu strategischen Handlungen fähig sind, das bleibt offen.

22 Hinsichtlich des Öffentlichkeitsmodells folgen wir hier Friedhelm Neidhardt und Jürgen Gerhardts, die drei Ebenen von Öffentlichkeit unterscheiden: Encounters, Themen- bzw. Versammlungsöffentlichkeit und Massenmedien. Vgl. Jürgen Gerhards/Friedhelm Neidhardt, Strukturen und Funktionen modernen Öffentlichkeit, Berlin 1990 (= WZB-Paper).

23 So auch Michael Mertes, Folgen der Informationsgesellschaft für repräsentative Demokratie und Nationalstaat. In: Michael Zöllner (Hrsg.), Informationsgesellschaft – Von der organisierten Geborgenheit zur unerwarteten Selbständigkeit, Köln 1997, S. 35 - 45. Weniger überzeugend finde ich allerdings das Argument, dass das Internet „dem Populismus eine zusätzliche Plattform" (S. 43) geben würde. Diese Form der individuellen Kommunikation ist eben eher mit der „Strassen- bzw. Stammtisch"-Kommunikation verwandt als mit der Massenkommunikation.

24 „Gegenöffentlichkeit" vermag sich partiell und dem Anspruch nach über das Netz und die Netzkommunikation als das Ergebnis von Selbstverständigungsprozessen herausbilden. Doch damit sind noch keine weiteren Personen oder soziale Gruppen erreicht, die in der Regel benötigt werden, um Ziele durchzusetzen. Bei der Netzkommunikation handelt sich zunächst um Kommunikation unter Gleichen („Betroffenen"), für die nur schwer anderen zu interessieren sind, auch weil die im Netz ablaufenden Prozesse als selbstbestimmte Formen nicht den allgemeinen Relevanzkriterien entsprechen. „Betroffenenkommunikation", aus den Neuen Sozialen Bewegungen bekannt, bezieht sich zumeist nur auf eine Thema oder einen Themenkomplex, vermag partiell politisch zu mobilisieren und verfügt nur über eine beschränkte Lebensdauer. So sind auch die Erfahrungen mit der „Alternativpresse" oder mit den Versuchen zur Herausbildung von „Gegenöffentlichkeit" durch alle Arten von „Bewegungspublizistik" zu verstehen: Sie kann im Konfliktfall dienlich sein, weil sie – allein vom Anspruch her – allgemein öffentlich etwas thematisiert, was bei anderen zur Unterstützung führen kann. Sie kann auf Dauer nicht viel politisch erreichen, weil sie zumeist nur Ihresgleichen umfasst. Dann aber ist sie ohne besondere Relevanz für die meisten von uns. Und das, was in den Medien der „Alternativpresse" erscheint, muss zumindest potentiell für Viele von uns sichtbar werden können. Im Netz scheint mir dies kaum möglich zu sein, allenfalls dann, wenn es einen Konflikt gibt, über den wir dann aber erfahren müssten – über das Netz oder das allgemeine Mediensystem. Letzteres wird uns eher leiten, und uns dann vielleicht sogar dazu führen, uns die Kommunikation einer Gruppen im Netz doch einmal genauer anzusehen.

25 Dieser Einschätzung wird durch die Analyse von Themen und Foren im Internet gestützt. Hinsichtlich der Themen wird ein breites Feld des Politischen markiert. Zugleich ist hinsichtlich der Themenstruktur eine „Boulevardisierung" auszumachen. Vgl. dazu die Befunde bei Gerhard Vowe, Statement zur Konferenz „Aufbruch in die Informationsgesellschaft", o.O. (Ilmenau) 1998.

26 Vgl. dazu auch John Street, Remote Control? Politics, Technology and Electronic Democracy. In: European Journal of Communication, 1, 1997, S. 27 - 42.

27 Zu den Problemen einer möglichen „Internetisierung" von politischer Kommunikation vergleiche den Beitrag von Ulrich Sarcinelli / Manfred Wissel, Internetisierung von Öffentlichkeit und Demokratie? Trends, Chancen und Probleme für Politikvermittlung und politische Bildung im Online-Zeitalter. In: Thomas Meyer (Hrsg.), Jahrbuch 1996. Medien, Politik und politische Bildung, Bonn 1996.

Otfried Jarren ist Professor für Publizistikwissenschaft am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich IPMZ, Postfach 507, 8035 Zürich, E-Mail: jarren@sfp.unizh.ch